



An die Mitglieder des Nationalrats

Bern, 12. Mai 2009

Ratifizierung des Freihandelsabkommens EFTA-Kolumbien

Sehr geehrte(r) Frau/Herr [XY]

Am 25. Mai werden Sie im Parlament über die Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Freihandelsassoziation und Kolumbien zu befinden haben.

Kolumbien ist ein Land im Dauerkonflikt und politisch sehr instabil. Seit Jahren gibt es schwerwiegende und systematische Menschenrechtsverletzungen (siehe Fact Sheet in der Beilage). Auch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) anerkennt diese Situation, die sie explizit als humanitäre Krise bezeichnet.

Im März 2009 hat die Regierung von Norwegen, das ebenfalls Mitglied der EFTA ist, die Ratifizierung des Abkommens aufgrund der Menschenrechtslage in Kolumbien verschoben. Norwegen verlangt von der kolumbianischen Regierung Erklärungen zur Menschenrechtssituation und plant eine „Fact-Finding“ Mission nach Kolumbien. Die norwegische Regierung ist damit dem von den USA eingeschlagenen Weg gefolgt, wo die Ratifizierung eines entsprechenden Abkommens seit mehreren Monaten aus denselben Gründen blockiert ist. In Kolumbien wächst zudem die Protestbewegung gegen die ungebremste Freihandelspolitik stetig an.

Die 33 unterzeichnenden Organisationen sind daher der Auffassung, dass eine Ratifizierung des Freihandelsabkommens durch die Schweiz zum jetzigen Zeitpunkt inakzeptabel ist und gravierende Konsequenzen bezüglich der Kohärenz und Glaubwürdigkeit der schweizerischen Aussenpolitik haben würde.

In Artikel 54 Abs. 2 der Bundesverfassung ist die Respektierung der Menschenrechte als eines der fünf Hauptziele der schweizerischen Aussenpolitik festgeschrieben. Die Schweiz gilt als entschiedene Verfechterin der Menschenrechte, ist Depositarstaat der Genfer Konventionen und beherbergt auf ihrem Territorium den Menschenrechtsrat. In den vergangenen Jahren hat das EDA eine engagierte Friedens- und Menschenrechtspolitik verfolgt und dadurch den Einfluss und das Ansehen der Schweiz auf internationaler Ebene gestärkt. In Kolumbien finanziert und führt der Bund zudem konkrete Programme zur Förderung der Menschenrechte durch.

Abgesehen von einer unverbindlichen Formulierung in der Präambel, die auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hinweist, geht das weitreichende Freihandelsabkommen mit keinem Wort auf soziale, ökologische oder Menschenrechtsfragen ein. Auch im Verhandlungsmandat oder öffentlich zugänglichen Informationen (Fact Sheet oder Internetseiten von SECO und EFTA) bleibt die prekäre Menschenrechtssituation in Kolumbien unerwähnt.

Kann die Schweiz weiterhin in aller Ruhe die strikte Trennung zwischen ihrer Handelspolitik und ihrer Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik praktizieren? Die unterzeichnenden Organisationen sind nicht dieser Meinung, insbesondere im Fall von Kolumbien. Denn obwohl sich die Sicherheitslage im Land in den letzten Jahren generell verbesserte, hat die Gewalt in einzelnen Regionen und gegen gewisse Personengruppen zugenommen, so beispielsweise gegen Gewerkschaften und Indigene (Morde und Vertreibungen). Zweifellos besteht ein Zusammenhang zwischen den Menschenrechtsverletzungen und der von der kolumbianischen Regierung verfolgten Wirtschaftspolitik, die einseitig auf die intensive und wenig nachhaltige Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Produktion von Agrotreibstoffen ausgerichtet ist. Konsequenterweise ist eine Trennung der beiden Aspekte – Handel auf der einen und Menschenrechte auf der anderen Seite – wie es sich der Bundesrat wünschen würde, unmöglich. Die Schweiz kann sich eine solch inkohärente Politik schlicht nicht mehr leisten.

Es geht dabei auch um den internationalen Ruf unseres Landes. Mit einer voreiligen Ratifizierung des Abkommens riskiert die Schweiz, die Bestrebungen anderer Länder, die kolumbianische Regierung zu verstärkten Anstrengungen im Bereich der Menschenrechte zu bewegen, zu unterlaufen.

Die unterzeichnenden Organisationen möchten Sie daher auffordern:

- ⇒ für ein Moratorium bei der Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und Kolumbien zu stimmen bis eine substantielle und nachhaltige Verbesserung der Menschenrechtssituation in Kolumbien erreicht ist, insbesondere bezüglich:
 - aussergerichtlichen Hinrichtungen und Gewalt gegenüber GewerkschafterInnen
 - Morden und Vertreibungen von Indigenen und AfrokolumbianerInnen
 - Straflosigkeit von Gewaltverbrechen
 - Respektierung der Kernkonventionen der ILO
 - Rückgabe des illegal angeeigneten Landes

- ⇒ eine Bewertung der Auswirkungen (impact assessment) des Abkommens auf die Menschenrechtssituation in Kolumbien zu verlangen, einschliesslich bezüglich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte.

Die unterzeichnenden Organisationen hoffen, in dieser Angelegenheit auf ihre Unterstützung zählen zu können und verbleiben mit freundlichen Grüssen.



Stephan Suhner
Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien



Thomas Braunschweig
Erklärung von Bern



Bastienne Joerchel
Alliance Sud

Liste der unterzeichnenden Organisationen:

Aipazcomun Section Suisse
akte - arbeitskreis tourismus & entwicklung
Aktion Finanzplatz Schweiz
Alliance Sud
ASK - Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien
ASOLATINO Berna – Asociación Solidaridad Latinoamericano
attac
Bethlehem Mission Immensee
Brücke · Le pont
c f d - Stärkt Frauen. Öffnet Perspektiven.
CETIM - Centre Europe-Tiers Monde
Depapaya.org
Erklärung von Bern
Frauenrat für Aussenpolitik
Gesellschaft für bedrohte Völker – Schweiz
Greenpeace
Incomindios
INTERTEAM
l'autre syndicat
Magasins du Monde
medico international schweiz
OeME
Polo Democratico Alternativo en Suiza
Presencia Latinoamericana
SBG - Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Schweizerischer Friedensrat
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
Solifonds
terre des hommes schweiz
Travail.Suisse
Unia
uniterre
Women's International League for Peace and Freedom WILPFSchweiz